



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 81-33

Fernschreiber 0 886 300

P/XVI/89 - 19. April 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Mangel an Mut und Verantwortungsbewusstsein</u> Ein Wort zur Diskussion über "Baustopp" Von H.G. Ritzel, MdB	95
3 - 4	<u>Fünfzehn Jahre SED</u> Zum Jahrestag der Zwangsvereinigung am 21. April 1946 Von Stephan Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD	77
5 - 5a	<u>Ureingeschränktes JA zur Demokratie</u> Die Politik des Sozialdemokratischen Hochschulbundes	68
6 - 7	<u>Dreizehn Jahre Israel</u> Aus Wüste wurde fruchtbares Land	71
7	<u>"Neue Politik"</u> Nicht vor einer Parteigründung	21

* * *
* *

Mangel an Mut und Verantwortungsbewusstsein

Ein Wort zur Diskussion über "Baustopp"

Von H.G. Ritzel, MdB.

Im Bundesgesetzblatt wurde neben dem Haushaltsgesetz mit den Hauptziffern des Bundeshaushalts 1961 veröffentlicht, Dutzende von Millionen DM stecken für Hochbaumaßnahmen des Bundes in der Endsumme des Etats, der mit mehr als 48 Milliarden DM abschließt. Die Dringlichkeit der geplanten Baumaßnahmen ist sehr unterschiedlich. Es gibt Bauplanungen, die nicht aufgeschoben werden können, es gibt Bauplanungen, die ohne Schaden einen Aufschub vertragen und es gibt Planungen, deren absolute Notwendigkeit unbeweisbar ist.

Wenn sich die Bundesregierung gezwungen sieht, Erörterungen über die Dämpfung der Baukonjunktur oder gar über einen Baustopp anzustellen, dann geschieht dies, weil die Bundesregierung zur rechten Stunde nicht den Mut gehabt hat, die fortgesetzte Steigerung der Baukonjunktur mit geeigneten Maßnahmen in vernünftige Bahnen zu lenken.

Es ist im Zeichen der in der Bundesrepublik herrschenden Wirtschaftsauffassung ganz selbstverständlich, dass die Bauwirtschaft die Gelegenheit übersteigter Anforderungen benutzt, um Preise in ihrem Sinne zu "gestalten". Denselben Vorgang erleben wir zur Zeit auf dem Gebiet der Steigerung der Baulandpreise, wie der Bodenpreise überhaupt. Durch die Gesetzgebung der jüngsten Zeit wurde der in Interesse des deutschen Volkes gelegene bodenreformerische Grundsatz völlig in den Wind geschlagen. Jener Grundsatz, der verlangt, dass der deutsche Boden unter ein Recht gestellt werden soll, das jeden Missbrauch mit ihm ausschließt.

Wenn in einer Landgemeinde für einen Quadratmeter Boden, der durch die Erweiterung des Ortsbauplans baureif gemacht wurde, gestern noch ein Preis von 1.-- DM und heute 30.-- DM gefordert werden, wenn in Kurorten unersenen Bodenpreise von vielen hundert Mark für Baugelände oder auch nur für künftiges Baugelände geboten werden, dann ist ein solcher Vorgang ebenso krankhaft wie die Steigerung der Baupreise an sich, für die weder nach der Seite der Produktionspreise noch nach der Seite der Löhne eine ausreichende Begründung vorliegt.

Die Zementpreise sind seit mehreren Jahren unverändert, die normalen Löhne bewegen sich bestenfalls im Rahmen der Lebenshaltungskosten und ihrer Preisentwicklung. Die Guthaben der Bauparier haben durch die Steigerung der Baupreise bis heute eine Entwertung von etwa 30 Prozent erfahren.

Für die Masse der kleinen Leute wird es langsam uninteressant oder gar gefährlich, sich weiterhin für das Bauparieren zu interessieren. Im Monat Februar 1961 wurden Baugenehmigungen beantragt für 13,3 Millionen qbm unbauten Raum im Wohnungsbau und 11,7 Millionen qbm unbauten Raum für andere Gebäude. Alle massgebenden Kräfte in der Bundesrepublik sind sich darüber einig, dass dem Wohnungsbau der absolute Vorrang gebührt. In der Praxis aber sieht diese schöne theoretische Theorie. Bei

19. April 1961

15.3 Millionen qbm umbauten Raum im Wohnungsbau und 11.7 Millionen qbm unrauten Raum für andere Hochbauten. stellt sich der Bürger sofort die Frage: Muss das sein?

Es gibt zwei Möglichkeiten, diese Frage einigermaßen zureichend zu beantworten:

Die seit Jahren in dieser Hinsicht unveränderte Steuergesetzgebung bietet der Wirtschaft einen interessanten Anreiz, Kapitalinvestitionen in Hochbauten zu vollziehen. Solange die Bundesregierung nicht den Mut hat, diese Art von Steuerbegünstigung zu ändern, wird die private Wirtschaft kein Interesse daran haben, von sich aus verantwortungsbewusst zu handeln.

Der zweite Hauptfaktor sind die öffentlichen Bauten. Hier hat der Bund und hat auch die übrige öffentliche Hand in den letzten Jahren die Bauwirtschaft in einer Weise befruchtet, die die entscheidende Schuld an der Steigerung der Baupreise in sich trägt. Ein Baustopp, der sogar, wenn auch angeblich nur "leicht" den Wohnungsbau beeinträchtigen würde, wäre weit weniger wirksam und vor allem im jetzigen Augenblick nicht sinnvoll, als der Mut zur eigenen Verantwortung.

Warum beauftragt die Bundesregierung nicht sofort in Zusammenarbeit mit den in der Hauptsache dafür zuständigen Ausschuss des Parlaments, dem Haushaltsausschuss, geeignete Fachleute aus den verschiedenen Ministerien, um festzustellen, welche Bauten jetzt wirklich durchgeführt werden müssen und welche Bauten für ein Jahr oder auf längere Zeit unterbleiben können.

Es sei zugegeben, dass eine solche Massnahme Mut und Verantwortung erfordert, denn man muss sich dann nicht auf der Basis einer allgemeinen Anordnung, etwa im Rahmen eines unauflösbaren Baustopps bewegen sondern durch die Unterlassung von Bauten der öffentlichen Hand, die nicht absolut notwendig sind, mit gutem Beispiel vorangehen.

Man muss bei den Bauten, die die öffentliche Hand, also Bund, Länder und Gemeinden und Kreise durchführen, sehr sorgfältig unterscheiden zwischen dem, was trotz der gegebenen Situation durchgeführt werden muss und dem, was unterbleiben kann. Alle Massnahmen, die dem Wohnungsbau gelten, dürfen nicht beeinträchtigt werden, kommunale Bauvorhaben die Schulbauten planen und die Errichtung von Schulturnhallen und Krankenhäusern zum Ziel haben, sind angesichts der unersättlichen gegebenen Lage vorrangig. Viele Dinge aber, die in Gemeinden, Kreisen, Ländern und dem Bund geplant sind, können ohne Schaden unterlassen werden. Dazu aber bedarf es eines echten Verantwortungsbewusstseins und des entsprechenden Mutes. Der Bund sollte jedenfalls mit gutem Beispiel vorangehen. Der Inhalt der Voranschläge des Bundes, der Länder und der Gemeinden stellt eine Vollmacht dar; diese muss nicht unbedingt benutzt werden. In sehr zahlreichen Fällen lässt sich beweisen, dass in Bund und Ländern im Rahmen des Etats enthaltene Vollmachten Jahr um Jahr nicht vollzogen werden. Man kann mit Pflichtbewusstsein gerade in diesem Jahr eine grosse Zahl von Hochbauten zurückstellen und so die Relation zugunsten des Wohnungsbaus verändern, die Bautätigkeit im ganzen aber reduzieren und einen vernünftigen Ausgleich herbeiführen.

Werden die Verantwortlichen den dazu erforderlichen Mut aufbringen

Fünfzig Jahre SED

Von Stephan Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD

Wir Sozialdemokraten haben allen Grund dazu, nicht an jenem 15. Jahrestag der SED-Gründung vorüberzugehen, weil dieses Datum für uns ein entscheidender Gedenktag ist. Ein Gedenktag sowohl an Zehntausende von Opfern, die wir im Kampf um die Freiheit unseres deutschen Volkes brachten, als auch ein Gedenktag an harte Kämpfe und entscheidende Siege, die wir gegen die Ulbrichtsche Diktatur errangen.

Das, was die SED in ihrer Legendenbildung heute als "Vereinigung der beiden Arbeiterparteien" ausgibt, war in Wirklichkeit das Ergebnis einer Unterdrückung, eines Verbotes der Sozialdemokratie in der Sowjetzone. Nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus 1945 hatte Stalin geglaubt, er könne durch sowjetische Förderung der KPD zunächst die Sowjetzone, dann aber ganz Deutschland in den Griff bekommen. Die Sozialdemokraten machten ihr einen dicken Strich durch diese Rechnung. Während die kommunistische Partei in der Sowjetzone 1945 als Sekte begann und eine Sekte von weniger als 100 000 Mitgliedern blieb, entfaltete sich in den ersten Monaten nach ihrer Wiederzulassung die Sozialdemokratie zur echten Volks- und Massenpartei. In weniger als sechs Monaten hatten sich ihr allein in der Sowjetzone über 700 000 Männer, Frauen und Jugendliche angeschlossen, die dadurch manifestierten, dass sie für den Fortbestand eines einigen Deutschland und gegen die Sowjetisierung waren. Die Sowjets mussten Ende 1945 erkennen, dass die Sozialdemokratie das Haupthindernis auf ihrem Wege war, zunächst die Sowjetzone, dann aber ganz Deutschland zu unterwerfen.

Aus dieser Erkenntnis änderte Moskau seine Taktik und stellte seine Propaganda auf die "Vereinigung" beider Parteien um, wobei man natürlich die kommunistische Führung der neuen Einheitspartei im Auge hatte. Es ist das historische Verdienst des unvergessenen Führers der SPD, Dr. Kurt Schumacher, die neue Taktik des Kommunismus sofort erkannt und entlarvt zu haben. Er war es, der die Sozialdemokraten in ganz Deutschland zu entschlossenem Widerstand aufrief. Die Sozialdemokraten aus allen vier Besatzungszonen trafen sich im Kloster Wennigsen, wo sie ihre Beschlüsse zur Abwehr des kommunistischen Anschlages fassten. Auch die Sozialdemokraten der Sowjetzone waren dort vertreten, und von Wennigsen aus entfaltete sich in allen damaligen Zonen Deutschlands der Abwehrkampf.

Die Kommunisten der Zone und ihre sowjetischen Auftraggeber mussten deshalb zu nackten, offenem Terror greifen, um in der Zone zu der

propagierten angeblichen Vereinigung beider Parteien zu kommen. Sie verboten offiziell eine Urabstimmung der SED zu dieser Frage, inhaftierten Zehntausende von aufrechten Sozialdemokraten zum Teil in den gleichen Konzentrationslagern, aus denen sie Monate vorher erst befreit worden waren, und gingen mit Mord und Gewalt vor. In Rostock wurde so das Bezirkssekretariat der SED fast völlig "liquidiert", um es in der kommunistischen Fachsprache auszudrücken. Ein Sekretär der SED wurde erschossen, ein zweiter wurde von den Sowjets nach Warkuta verschleppt, ein dritter von deutschen Kommunisten in Bautzen eingesperrt, und nur der vierte konnte in letzter Sekunde in die britische Zone fliehen. Das war das wahre Gesicht der sogenannten Vereinigung, der Gründung der SLD. Keine noch so raffiniert formulierte "These" kann diese historische Wahrheit aus der Welt schaffen.

Wie die Lage wirklich war, hat sich bereits damals, im Frühjahr 1946 in Berlin gezeigt, wo durch die Unterstützung der westlichen Alliierten die Urabstimmung doch stattfinden konnte und 87,2 Prozent die Vereinigung ablehnten und den Kommunisten die erste sichtbare Niederlage beibrachten, die genau der Niederlage entsprach, die sie sich in den damaligen Westzonen holten. Der erste Anschlag Moskaus auf ganz Deutschland brach so vor 15 Jahren am sozialdemokratischen Widerstand zusammen.

Seitdem steht der Freiheitskampf Deutschlands weitgehend im Zeichen der Auseinandersetzung von Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Sozialdemokraten der Sowjetzone führen diese Auseinandersetzung aus der Illegalität weiter. Ihrem Wirken ist es weitgehend zu verdanken, wenn sich der Zonenstaat staatlich nicht festigen kann und die SED unter dem Gesetz der permanenten Zersetzung steht. Der 27. Juni 1953, die vielen Oppositionsplattformen innerhalb der SED selbst, angefangen von der 53er Juniopposition, über Harich und Schirdewan bis hin zu den Ausbrüchern der "Dresdener Krankheit" beweisen dies.

Die Sozialdemokratie hat in dieser Auseinandersetzung mit den Kommunisten Männer hervorgebracht, die eine Personifizierung ihres Kampfes um die Freiheit der deutschen Menschen und die Einheit des deutschen Staates waren. So wurden Kurt Schumacher und Ernst Reuter zu solchen Symbolfiguren, auf die sich der Hass der Kommunisten wie die Hoffnung der Menschen in der Zone gleichermaßen konzentrierten. Heute ist Willy Brandt in diese Position gerückt worden, und mit Recht glauben viele Landsleute östlich der Elbe in ihm den Vollender des Werkes zu sehen, das Schumacher und Reuter begonnen haben.

Der 15. Jahrestag der Zwangsvereinigung in der Zone ist so für uns Sozialdemokraten kein Tag der traurigen Resignation, sondern im Gegenteil eine stolze Besinnung auf die grosse Kraft, die wir in unserem Kampf für Freiheit und Einheit entfaltet haben. + + +

Uneingeschränktes JA zur Demokratie

Die Politik des Sozialdemokratischen Hochschulbundes

-n-. Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), so erklärte sein neugewählter Vorsitzender Jochem Grönert vor der Presse, betrachtete sich als das Forum einer Diskussion, die auf hohem Niveau geführt werden müsse.

In der Tat waren auf der zweiten Bundesdelegiertenversammlung des SHB vom 16. bis 28 April 1961 in der Bonner Beethovenhalle Diskussionen geführt worden, die von Sachlichkeit, Ernst und grosser Ausdauer gekennzeichnet waren. Den 53 Delegierten der 617 Mitglieder des noch sehr jungen Verbandes - er hat soeben das erste Jahr seines Bestehens hinter sich gelassen - lag es vornehmlich am Herzen, den Standort des SHB im geistespolitischen Bereich klar und genau abzustecken; sein Profil zu prägen, wie es mehrfach genannt wurde.

Die Basis dieser Standortbestimmung gaben vier Referate: Waldemar von Kneering, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sprach zum Thema "Utopie und Wirklichkeit - die Krise des Kommunismus"; über "Ideologie und Theorie" äusserte sich Jochem Grönert mit speziellen Bezug auf das Gespräch über die Standortbestimmung. MdB Ulrich Lohmar referierte über "Der Föderalismus in der Bewährungsprobe" (Aufgaben der Kulturpolitik); und der bisherige SHB-Bundesvorsitzende Jürgen Maruhn erläuterte im Zuge seines Rechenschaftsberichtes für die Zeit vom Mai vorigen Jahres bis zur zweiten Bundesdelegiertenversammlung die "Entstehung und Entwicklung des SHB".

Wenn akademische Jugend diskutiert, dann stehen Fragen theoretischen Charakters im Vordergrund. So konnte es nicht überraschen, dass in der Beethovenhalle zu manchen Fragen ganze Kataloge unterschiedlicher Einzelauffassungen verfochten wurden; insoweit erwies sich die Tagung als ein Brennspiegel der - übrigens ausdrücklich bejahten - pluralistischen Gesellschaftsordnung. Keine Meinungsverschiedenheiten gab es zu einem Problemkreis: Der SHB sagt Ja zum Staat, zur Staatlichkeit der Bundesrepublik, er sagt Ja zur Verteidigung des demokratischen Staates unter ausdrücklicher Anerkennung

19. April 1961

des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung, und es ist eines seiner erklärten Ziele, breite Schichten der akademischen Jugend an dieses Ja zum Staat heranzuführen und staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein formen zu helfen. Allerdings bedeutet dies nicht, dass die in diesem Staat praktizierte Verfassungswirklichkeit ebenso vorbehaltlos akzeptiert wird. Es ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass sich der SHB als gesamtdeutscher Verband versteht, der es als eine seiner Hauptaufgaben bezeichnet, eine Antwort zu finden auf die gesamtdeutsche Frage, "die uns nicht von Schicksal auferlegt wurde, sondern von den Kommunisten der Sowjetzone, die vor der Spaltung Deutschlands leben" (Jürgen Maruhr).

Über den theoretischen Gesprächen rückten die Probleme der praktischen Hochschularbeit, auch die der Hochschulpolitik, unversehens etwas in den Hintergrund, ohne dass übrigens die Fragen der Theorie völlig ausdiskutiert werden konnten, - ein erfreuliches Zeichen der Gründlichkeit und des Ernstnehmens geistiger Grundlagen. In diesem Zusammenhang muss gesagt werden, dass sich der neue Bundesvorsitzende gleich in den ersten Stunden seines Wirkens als solcher um den SHB verdient gemacht hat. In seiner Presseerklärung stellte er unmissverständlich heraus, dass sich der Verband im bevorstehenden Bundestagswahlkampf nicht zurückhalten werde, dass er vor klaren Stellungnahmen nicht scheue und die Absicht habe, deutlich zu sagen, "auf welcher Seite wir stehen". In den vorausgegangenen Diskussionen war auch das Verhältnis der Einzelmitglieder des Verbandes zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erörtert worden - nicht im organisatorischen Sinne, versteht sich, sondern in bezug eben auch zum geistigen Standort des SHB. Die unabdingbare Loyalität des Verbandes zur SPD wurde wiederholt unterstrichen und das Godesberger Grundsataprogramm mit Worten warmer Zustimmung bedacht - dennoch blieb fürs erste ein Schatten leiser Unklarheit, der dann von Jochen Grüner beseitigt werden konnte.

Der Gesamteindruck, den die zweite Bundesdelegiertenversammlung des SHB vermittelte, entspricht dem Hinweis des SHB-Bundesvorsitzenden, wünsch sich der Verband bemüht, ein Reservoir von Akademikern heranzubilden, "das eines Tages für die SPD von grosser Wichtigkeit sein kann".

Dreizehn Jahre Israel

G.M. - Am 20. April dieses Jahres besteht der Staat Israel dreizehn Jahre, der dem jüdischen Volk nach jahrtausendlanger Zerstreuung in aller Welt wieder eine Heimat bietet, in der sie "sicher wohnen ohne alle Furcht". Von Tel Aviv bis zum entlegensten Kibbuz am Rand der Wüste wird der israelitische Unabhängigkeitstag feierlich begangen werden. Staatspräsident Ben Zwi wird am Grab Theodor Herzls in Jerusalem, dem Begründer des Zionismus, jenes Wiener Journalisten geehrt, der dem Staate Israel die geistige Grundlage gegeben hat - dessen Vorstellungen vom jüdischen Staat aber erst 44 Jahre nach seinem Tode Gestalt annahmen.

An jenem für das jüdische Volk bedeutsamen 15. Mai 1948, an dem das britische Mandat über Palästina ausser Kraft trat (das akabweichende Datum erklärt sich aus dem jüdischen Kalender), marschierten die Armeen der arabischen Nachbarstaaten in den neugegründeten Staat ein, und erst nach blutigen Kämpfen tief in Israel gelang es den Juden, die arabische Übermacht zurückzuschlagen. Es ist das Verdienst des von der UNO beauftragten Ralph Bunche, Mitte 1949 einen Waffenstillstand erreicht zu haben, einen Waffenstillstand, der kein Friede ist, der die gegenwärtigen Grenzen Israels festlegt und Jerusalem durch einen Stacheldrahtzaun in zwei Sektoren teilt: einen jüdischen und einen arabischen. Seitdem hat es an den Grenzen des jüdischen Staates immer Unruhe gegeben. Immerhin war durch Ralph Bunches Vermittlung der innere Aufbau Israels gesichert.

Die grosse Mehrheit von 33 Staaten der Vollversammlung der UNO hatte am 29. November 1947 beschlossen, das Land Palästina zwischen den Juden und Arabern zu teilen und durch die Gründung des Staates Israel den Juden nach grausamen Verfolgungen das Land ihrer Väter als Heimat zu geben. Der damalige Vorsitzende der Jewish Agency und spätere Ministerpräsident Ben Gurion verlas die Unabhängigkeitserklärung. Das kleine Land Israel, das mit einer Grösse von 20 594 qkm von der Ostküste des Mittelmeeres und den arabischen Staaten Libanon, Jordanien, Saudi-Arabien und der Vereinigten Arabischen Republik umgrenzt wird, hat sich inzwischen behauptet. Die Einwohnerzahl von 650 000 ist durch Einwanderung aus allen Teilen der Erde auf eine Million 900 000 Israeli angewachsen. Gleichzeitig wohnt im Lande eine arabische und christliche Minderheit von 200 000 bzw. 50 000 Menschen.

Das grösste Problem des jungen Staates Israel unter seinem ersten Staatspräsidenten Chaim Weizman war, für die in das Land strömenden jüdischen Flüchtlinge Wohnungen und Arbeit zu beschaffen. Daneben galt es, die verschiedenen Völkergruppen, zu denen hochkultivierte europäische Juden und primitive Einwohner Afrikas gehörten, zu einer Nation zusammenzuschmelzen. Die Landessprache ist hebräisch, aber auf den modernen Strassen und Plätzen Tel Avivs kann man englische, deutsche, polnische und französische Worte hören. In kurzer Zeit ist es den Juden in einer bewundernswerten Leistung gelungen, aus Wüste fruchtbares Land zu machen, wie es von Propheten Jesaja verkündet wurde: "... ich will Wasserflüsse auf den Eshon öffnen und Brunnen mitten auf den Feldern und will die Wüste zu Wasserseen machen und das dürre Land zu Wasserquellen..."

Wo einst zum Kamelkarawanen durch die Sonnenglut der Wüste Negev zogen, reiten heute Cowboys und treiben das Vieh zusammen. Raffinerien verwandeln das Ssllwasser des Mittelmeeres in Trinkwasser, Atomreaktoren

19. April 1961

produzieren schweres Wasser, und die Arnee des Staates Israel gibt jedem die Möglichkeit zu studieren oder einen Beruf zu erlernen. Denn im Gegensatz zu den anderen Staaten der Welt hat das israelitische Militär nicht nur Aufgaben der Landesverteidigung, sondern dient auch Erziehungszwecken. Die Wehrpflicht für Männer beträgt zweieinhalb Jahre, für Frauen zwei Jahre. Drei Monate werden die jungen Mädchen mit Waffen ausgebildet, dann sind sie als Lehrerin oder in der Verwaltung tätig, wie es ihren Fähigkeiten entspricht. In der Nähe des Roten Meeres, an der Stelle, die die Bibel angibt, ist man heute dabei, die Kupferminen König Salomos auszubenten. Jeshall im Land entstehen Industrien, werden Strassen gebaut von einem Volk, das sich unter der unbarbarischen Sonne des heiligen Landes müht, einen neuen Staat zu schaffen und von dem Adolf Hitler in seinem Wahn gesagt hatte, dass es "untüchtig und schmarotzerhaft" sei.

Am Toten Meer stehen die Schtürme der Oligoellen; aus Israel werden neben Erdbeeren, Apfelsinen und auch Chemikalien bereits Autos exportiert, auf den Kibbuzim, einer typisch israelitischen sozialistischen Dorfgemeinschaft, deren Mitgliedschaft nicht auf Zwang beruht, arbeitet Israels Jugend, das Gewehr schussbereit, das so hart erworbene Land gegen jeden Eindringling zu verteidigen.

+ + +

"Neue Politik"

Nicht von einer Parteigründung

sp - Zu dem am 8. 4. 1961 von uns veröffentlichten Artikel "Neue Politik" teilte uns der Herausgeber und Chefredakteur der Korrespondenz "Realpolitik", Herr Hans Otto L i p p e n s , mit, dass er seit dem 1. Januar dieses Jahres den genannten Pressedienst "mit allen daraus resultierenden Rechten und Pflichten" von Herrn Schenke übernommen habe. Seit dieser Zeit habe Herr Schenke keinerlei politischen oder finanziellen Einfluss mehr auf "Realpolitik". - Wir teilen dies unseren Abonnenten umso lieber mit, als der von Herrn Lippens erwähnte Besitz- und Redaktionswechsel von "Realpolitik" der Öffentlichkeit bisher so gut wie unbekannt geblieben war.

Gleichzeitig hat uns der frühere Herausgeber von "Realpolitik" und Herausgeber der Wochenschrift "Neue Politik", Herr Wolf S c h e n k e , geschrieben, es treffe nicht zu, "dass bei der für den 30. April geplanten Tagung in Hamburg die Gründung einer politischen Partei auch nur erwogen wird". Herr Schenke legt ferner Wert auf die Feststellung, dass er niemals Obergerichtsführer der Reichsjugendführung gewesen sei, sondern dort nur als Hauptreferent für die Auslandspresse im Range eines Unterbannführers eine Gastrolle gegeben habe. In anderen Publikationen ist die jetzt von Herrn Schenke korrigierte Rangbezeichnung unseres Wissens nicht dementiert worden.

- + +

Verantwortlich: Günter Markscholze